



Herr Bernhard Kleene	SPD	Vertretung für Herrn Detlef Weßling
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Vertretung für Herrn Dieter Fühner

**Gäste:**

Herr Thomas Knur		Mitarbeiter der EWG - Zu TOP 13
------------------	--	------------------------------------

**Verwaltung:**

Herr Mathias Krümpel		Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Christine Karasch		Beigeordnete
Herr Jürgen Grimberg		Fachbereichsleiter FB 7
Herr David Larkens		Personalratsvorsitzender - bis 18:00 Uhr (TOP 12)
Herr Christoph Noelke		Fachbereichsleiter FB 3 - bis 18:00 Uhr (TOP 12)
Herr Jürgen Wullkotte		Fachbereichsleiter FB 4

**Verwaltung:**

Frau Julia Seebeck		Schriftführerin
--------------------	--	-----------------

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied

Herr Dr. Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Dr. Lüttmann verweist auf die Vorlage 028/17 „Neufassung von Satzungen – Markt- und Volksfestsatzung der Stadt Rheine – Satzung über die Erhebung von Marktstandsgeld und Platzgebühren auf der Kirmes sowie bei sonstigen Veranstaltungen der Stadt Rheine“ und teilt mit, dass die Verwaltung die Absetzung des Tagesordnungspunktes beantrage, da die alte Marktsatzung insgesamt noch einmal überarbeitet werden solle.

Die Ratsmitglieder stimmen dem Vorschlag zu.

### **Öffentlicher Teil:**

#### **1. Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung am 22.11.2016**

0:01:17

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungsvorschläge vorgetragen.

#### **2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 22.11.2016 gefassten Beschlüsse**

0:01:36

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung hierzu bereits in der Sitzung Stellung genommen habe bzw. auf dem der Einladung beigefügten Hinweiszettel abgegeben habe.

#### **3. Informationen der Verwaltung**

##### **3.1. Volksbegehren "Abitur nach 13 Jahren an Gymnasien: Mehr Zeit für gute Bildung, G9 jetzt"**

0:01:45

Herr Dr. Lüttmann informiert über das Volksbegehren „Abitur nach 13 Jahren: Mehr Zeit für gute Bildung, G9 jetzt“.

Die Landesregierung habe durch Kabinettsbeschluss vom 13. Dezember 2016 die amtliche Listenauslegung und die parallele Durchführung der freien Unterschriftensammlung für das Volksbegehren „G9 jetzt!“ zugelassen.

### **1. Wahlberechtigung**

Die Wahlberechtigung bestehe anlog zu den Voraussetzung der Landtagswahl:

- deutsche Staatsangehörigkeit
- mind. 18 Jahre zum Zeitpunkt der letztmöglichen Eintragung (07.06.2017)
- mind. seit 16 Tagen in NRW wohnhaft

### **2. Stimmabgabe**

Die Stimmabgabe erfolge durch Eintragung in die ausgelegten Eintragungslisten (Neues Rathaus, Information) oder durch Unterstützung des Volksbegehrens mit einem Eintragungsschein (Beantragung vergleichbar Wahlschein).

Die Eintragungslisten müssen durch die Initiatoren den Kommunen bis zum 1. Februar 2017 zugestellt werden.

Die Auslegung erfolge in der Kommune im Zeitraum vom 2. Februar bis 7. Juni 2017 (18 Wochen).

Gleichzeitig wurde parallel die freie Unterschriftensammlung durch die Initiatoren des Volksbegehrens (z. B. auf öffentlichen Plätzen) zugelassen.

### **3. Information der Bürger/-innen**

Die Information der Bürger/-innen erfolge durch öffentliche Bekanntmachung. Eine Wahlbenachrichtigung werde nicht versandt.

### **4. Wann ist das Volksbegehren erfolgreich?**

Das Volksbegehren müsse von 8 % der Stimmberechtigten der vergangenen Landtagswahl (= 1.056.000 Unterschriften) unterzeichnet werden, damit sich die Landesregierung mit dem Begehren befasse.

Werde dem Volksbegehren vom Landtag nicht entsprochen, finde ein Volkentscheid statt.

### **4. Neufassung von Satzungen**

**- Markt- und Volksfestsatzung der Stadt Rheine**

**- Satzung über die Erhebung von Marktstandsgeld und Platzgebühren auf der Kirmes sowie bei sonstigen Veranstaltungen der Stadt Rheine**

**Vorlage: 028/17**

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

### **5. Verkaufsoffene Sonntage - Sachstandsbericht zur Überarbeitung der ordnungsbehördlichen Verordnung**

**Vorlage: 019/17**

0:04:25

Herr Dr. Lüttmann informiert, dass geplant sei, dem Rat in der ersten Ratssitzung des Jahres eine neue ordnungsbehördliche Verordnung zur Entscheidung vorzulegen. Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass man im Dialog mit der Gewerkschaft ver.di einen konstruktiven Austausch geführt habe, um die ordnungsbehördliche Verordnung rechtssicher zu gestalten. Erfreulicherweise habe man für die 4 Innenstadttermine bereits grünes Licht bekommen. Nach Auffassung der ver.di seien die 4

Sonntage ausreichend begründet und rechtssicher. Bis zur Ratssitzung werde man die zwei Termine für Mesum ebenfalls mit Zahlenmaterial unterfüttern.

Herr Brauer macht deutlich, dass die Vorlage für ihn nicht rechtssicher sei, auch wenn die Gewerkschaft eine andere Auffassung vertrete. Insbesondere weil in der Begründung dargelegt wurde, dass das Bundesverwaltungsgericht gesagt habe, dass die Anlassveranstaltung ohne Sonntagsöffnung mehr Besucher anziehen müsse, als der alleinige verkaufsoffene Sonntag.

Herr Brauer merkt an, dass der Vorlage Anlagen der EWG beigefügt worden seien. Aus den Anlagen gehe hervor, dass verschiedene Personen nach einer Veranstaltung gefragt worden seien, die bisher nicht stattgefunden habe. Bisher gab es in der ordnungsbehördlichen Verordnung eine Veranstaltung im März mit dem Namen „Hexen treiben den Winter aus“. Jetzt sei von den Einzelhändlern der Innenstadt eine andere Veranstaltung beantragt worden. Zu der Veranstaltung wurden 169 Personen befragt. Herr Brauer macht deutlich, dass aus den Unterlagen nicht ersichtlich sei, mit welcher Fragestellung und mit welchen Informationen die Befragten tatsächlich zu diesen Antworten gekommen seien. 133 Befragte haben gesagt, sie würden an so einer Veranstaltung „Rheine mobil. Ab in den Frühling“, die neu strukturiert sei, teilnehmen. Herr Brauer weist darauf hin, dass es für die Entscheidung wichtig sei, wann diese Befragung stattgefunden habe und welche Informationen die Befragten bekommen haben. Diese Informationen gehen aus den beigefügten Unterlagen nicht hervor.

Herr Dr. Lüttmann sichert zu, diese Informationen der Beschlussvorlage zur Ratssitzung beizufügen. Er weist darauf hin, dass es immer die Möglichkeit geben müsse, neue Veranstaltungen zu kreieren. Dies sei immer mit einer Prognoseentscheidung verbunden. In den Gesprächen am runden Tisch sei deutlich geworden, dass die EWG mit ihrem Zahlenmaterial sehr gut vorbereitet war.

Herr Hachmann begrüßt es, dass man sich mit der Vertretern der ver.di an einen Tisch gesetzt habe, um im Vorfeld dafür zu sorgen, dass die Veranstaltungen so durchgeführt werden können. Bei den beiden Veranstaltungen in Mesum sei eindeutig, dass die jeweiligen Veranstaltungen mehr Besucher anziehen, als der alleinige verkaufsoffenen Sonntag.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass die Verwaltung ebenfalls zuversichtlich sei, dass es in Mesum keine Probleme geben werde. In den Gesprächen wurde das auch nicht problematisiert. Bis zur Ratssitzung werde die Vorlage noch aufgearbeitet, damit die Öffnung in Mesum auch für Außenstehende nachvollziehbar sei.

Frau Floyd-Wenke macht deutlich, dass es nicht darum gehe Veranstaltungen abzusagen. Es gehe lediglich um die Genehmigung der Öffnung der Geschäfte an Sonntagen.

Herr Wilp merkt an, dass auch noch geklärt werden müsse, wie weit der Radius für die verkaufsoffenen Geschäfte gezogen werden könne.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass der Radius auch eine Anforderung der Rechtsprechung sei und thematisiert worden sei. Die Reichweite müsse im Einzelfall sicherlich begrenzt werden, allerdings sei die räumliche Ausdehnung in der Innenstadt so akzeptiert worden.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Überarbeitung der ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- oder Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine zur Kenntnis.

**6. Wiederwahl der Schiedspersonen für die Bezirke I und II der Stadt Rheine mit Wirkung vom 1. Januar 2017  
Vorlage: 015/17**

0:10:49

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt gem. § 3 Abs. 1 Schiedsamtsgesetz NRW mit Wirkung vom 1. Januar 2017 die Wiederwahl der Schiedspersonen

Gabriela Melzer  
Heinrich-Lübke-Str. 94  
48429 Rheine

für den Schiedsbezirk I (48429) der Stadt Rheine

und

Sven Blank  
Stettiner Str. 31  
48431 Rheine

Für den Schiedsbezirk II (48431) der Stadt Rheine

für die Dauer von 5 Jahren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Stellenplan Fachbereich 3 - Recht und Ordnung 2017 - Erweiterung des HFA-Empfehlungsbeschlusses für den FB 3  
Vorlage: 021/17**

0:12:16

Herr Dr. Lüttmann informiert, dass der Kreis Steinfurt über KGSt-Werte abrechne und die Stadt Rheine durch die Höhergruppierung finanziell profitieren werde. Die Höhergruppierung werde den Mitarbeitern zugutekommen. Die sei, bei dem Einsatz der dort geleistet werde besonders gerechtfertigt. Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass andere Kommunen ebenfalls die Beförderungen vorgenommen haben.

Herr Doerenkamp bittet um Erläuterung, inwieweit die Stadt Rheine davon profitieren werde.

Herr Dr. Lüttmann erklärt, dass aufgrund von KGSt-Werten, Pauschalwerte abgerechnet werden können und die tatsächlichen Ist-Werte bei den Personalkosten darunter liegen. Das macht bei der ersten Beförderung ca. 6.000 € bis 7.000 € aus.

Herr Roscher weist darauf hin, dass der Dienst, den die Mitarbeiter leisten, in erster Linie ein Dienst am Menschen und für die Gesundheit sei und, dass das Finanzielle nicht im Vordergrund stehen sollte. Auch wenn die Stadt die vollen Kosten tragen müsste, wäre eine Höherstufung durchaus gerechtfertigt. Es handele sich um hochqualifizierte Leute, die Risiken wie Infektionsgefahren eingehen und Einsatzfahrten unter Blaulicht machen. Dass eine Refinanzierung stattfindet, sei gut, im Vordergrund sollte aber die gerechte Besoldung dieser Mitarbeiter stehen.

Herr Dr. Lüttmann macht deutlich, dass es ohnehin schon schwierig sei, am Markt gute Leute zu finden und zu halten. Insofern sei eine Höhergruppierung in jeglicher Hinsicht gerecht.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 3 – Recht und Ordnung in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2017 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **8. Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Haushaltsjahr 2017 Vorlage: 018/17**

0:15:45

Herr Brunsch bezieht sich auf die 100.000.000 € Pensionsrückstellungen und fragt an, ob die Stadt Rheine tatsächlich 200 Beamtenstellen benötige oder ob es auch möglich sei, die ein oder andere Beamtenstelle in eine Angestelltenstelle umzuwandeln.

Herr Dr. Lüttmann erläutert, dass es sich hierbei auch um eine strategische und nicht nur um eine rechtliche Frage handle. Es gebe sicherlich Bereiche, bei denen hoheitliche Befugnisse Beamte erfordern; aber es gebe auch Bereiche, über die man diskutieren könne und auch bereits in der Vergangenheit diskutiert habe. Herr Dr. Lüttmann macht in dem Zusammenhang deutlich, dass es nicht einfach sei, gutes Personal zu bekommen.

Herr Roscher teilt mit, dass man natürlich hinterfragen dürfe, ob bestimmte Aufgaben unbedingt von Beamten erledigt werden müssen. Die Gleichung, ein Beamter koste mehr Geld als ein Angestellter sei allerdings falsch. In der Vergangenheit sei es versäumt worden, Rücklagen für die Pension der Beamten zu bilden.

Frau Floyd-Wenke bezieht sich auf die Aussage von Herrn Dr. Lüttmann, dass die Personalgewinnung immer schwieriger werde. Frau Floyd-Wenke schlägt vor, das

bei der Befristung von Stellen, insbesondere im Bereich der Migration, zu berücksichtigen.

Herr Dr. Lüttmann weist darauf hin, dass man den Bereich schwer einschätzen und die Entwicklung nicht weit voraussehen könne. Herr Dr. Lüttmann informiert, dass es wissenschaftliche Studien zu den Kosten von Beamten und Angestellten gebe, die kein einheitliches Bild ergäben. Aus dem Grund müsse die Stadtverwaltung keine eigene Studie auflegen.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt den der Vorlage als Anlagen 1 bis 3 beigefügten Gesamtstellenplan für das Haushaltsjahr 2017.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	19	Ja-Stimmen
	1	Nein-Stimme

## **9. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2017-2020 - Ergebnisse der Fachausschussberatungen Vorlage: 011/17**

0:23:05

Herr Krümpel informiert, dass in der Vorlage alle Veränderungen seit der Einbringung des Haushalts im September dargestellt worden seien. Das aktuelle Jahresergebnis liege bei 483.000 Euro. Das Ergebnis habe sich zwar verbessert, allerdings habe sich auch die Neuverschuldung auf 10,9 Mio. Euro erhöht.

Herr Krümpel bezieht sich auf den Antrag der Wählergruppe „Bürger für Rheine“ zur Senkung des Hebesatzes für die Grundsteuer B und schlägt vor, diesem Antrag nicht zu folgen. Sollte es in diesem oder nächstem Jahr zu einem Überschuss kommen, würde man das Geld der Ausgleichsrücklage zuführen wollen. Auch dann würde das Geld dem Bürger zugutekommen, da es dann eine Rücklage für schlechte Zeiten gebe.

Frau Floyd-Wenke bezieht sich auf den Antrag auf Senkung des Hebesatzes für die Grundsteuer B und bemängelt, dass dieser, ohne darüber zu sprechen, eingebracht worden sei. Die Begründung unter Punkt 7 sei arg dünn.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass man dadurch, dass der Antrag unter dem Beschlussvorschlag 7 mitverarbeitet werde, die Diskussion nicht abwürgen wolle. Man könne über den Punkt 7 auch getrennt abstimmen.

Herr Hachmann hält fest, dass es derzeit einen kleinen Überschuss im Haushalt gebe. Den Hebesatz für die Grundsteuer B derzeit abzusenken sei Aktionismus bzw. Populismus.

In den letzten Jahren wurden 100.000.000 Euro vom Vermögen der Stadt verbraucht. Es gebe immer noch eine Nettoneuverschuldung. Man könne nicht schon

wieder an den Stellschrauben drehen. Es müsse eine gewisse Verlässlichkeit und Konstanz geben.

Herr Dr. Lüttmann informiert, dass die Erhöhung des Hebesatzes gut 3.000.000 Euro eingebracht habe.

Herr Roscher merkt an, dass sich die Verwaltung sehr gut mit dem Antrag auseinandergesetzt habe und eine vernünftige Entscheidungsgrundlage geliefert habe. In der Vorlage wurde dargestellt, dass, wenn der Hebesatz gesenkt werde, der Haushalt wieder ins Minus rutschen werde. Derzeit gebe es eine günstige Haushaltssituation und eine günstige Konjunktur. Man wisse nicht, wie sich die Konjunktur in den nächsten Jahren auswirke. Bei Gebührenhaushalten, wie bei der TBR, werde ebenfalls eine längere Frist betrachtet. Auch das habe die Verwaltung in der Vorlage dargestellt. Wenn sich die positive Entwicklung verstetigen würde, dann müsste man den Gedanken der Senkung sicherlich aufgreifen. Im Moment sei das zu kurz gegriffen und würde keine kontinuierliche verlässliche Planung hergeben. Die SPD-Fraktion werde der Senkung des Hebesatzes nicht zustimmen.

Herr Ortel erinnert an die heftig geführte Diskussion im Zusammenhang mit der letzten Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B. Er teilt mit, dass er die Steuererhöhung in dem Maße, mit der Begründung, dass der Erhöhung keine adäquaten Einsparbemühungen dagegengestellt worden seien, sehr kritisch gesehen habe. Er habe dem Haushalt damals trotzdem zugestimmt. Wenn man jetzt dem Antrag der Senkung des Hebesatzes zustimmen würde, würde die nächste Erhöhung des Hebesatzes beschleunigt werden. Es müsse klar sein, dass man nach dem kräftigen Sprung, den man vor 2 Jahren gemacht habe, in absehbarer Zeit einen solchen Schritt nicht wieder gehen dürfe. Man könnte in den Verdacht geraten, sich immer wieder zu bedienen, wenn einem sonst nichts anderes einfalle. Herr Ortel macht deutlich, dass man jetzt auf dem Weg sei, in dem Bereich auf Dauer Stabilität zu schaffen.

Frau Floyd-Wenke bemängelt die Aussage von Herrn Hachmann, dass es sich bei dem Antrag um Aktionismus handle bzw. dass er populistisch sei. Gerade seien die Gebühren für die Stadtbibliothek und Kindertagesstätten erhöht worden. Bei einem solchen authentischen Anliegen, keinen anderen Vorschlag zu machen und den Antrag einfach so abzutun, sei unglaublich.

Herr Reiske hält den Antrag auf Senkung des Hebesatzes für unglaublich. Es handle sich einzig um Effekthascherei. Es sei der Versuch auf die Stimmungslage, die vor 2 Jahren in der Stadt geherrscht habe, noch einmal draufzusatteln, um politisch vielleicht etwas zu gewinnen. Hätte man die Erhöhung nicht durchgeführt, gebe es heute keine solch positive Entwicklung im Haushalt. Man bemühe sich auch weiterhin Einsparungen umzusetzen und zu erreichen. Der Antrag sei als populistisch zurückzuweisen.

Herr Dr. Lüttmann informiert, dass man den Haushalt 2016 voraussichtlich mit einer schwarzen Null abschließen und 2017 ein Plus von fast 500.000 Euro erzielen werde. Es gebe dafür verschiedene Gründe, wie die gute Konjunkturlage, hohe Gewerbesteuererinnahmen, die Auswirkungen der letzten Grundsteuer B-Erhöhung und die Einsparungen und Prüfungen von Einsparmöglichkeiten durch den Verwaltungsvorstand und den Rat. Der Verwaltungsvorstand habe sich dazu verpflichtet, keine weiteren freiwilligen Aufgaben mehr zu übernehmen. Dieser Weg solle weiterhin so konsequent gegangen werden. Ziel soll am Ende natürlich eine Entlastung für die Bürger und ein dauerhaft ausgeglichener Haushalt sein.

Herr Dr. Lüttmann bezieht sich auf die Aussage von Frau Floyd-Wenke zur Erhöhung der Kita-Gebühren und stellt klar, dass das nicht richtig sei. Die Freibetragsgrenze sei sogar heraufgesetzt worden.

Einen Kompromissvorschlag bei einem solchen Antrag gebe es nicht. Entweder man senke den Hebesatz oder man belasse es dabei, weil die Zeit noch nicht reif sei.

Herr Brunsch teilt mit, dass er es im Moment ebenfalls für unverhältnismäßig sehe, den Hebesatz wieder zu senken. Die Entlastung für den Bürger sollte jedoch nicht ganz am Ende stehen.

Herr Wilp gibt zu bedenken, den sozialen Gesichtspunkt, wie z. B. die Eingliederungshilfe, der nicht steuerbar von außen auf die Stadt zukomme, zu berücksichtigen. Außerdem sei zu beachten, dass der Stadt bei der Grundsteuer und Gewerbesteuer nur das Geld zugutekomme, was über dem fiktiven Hebesatz liege.

Herr Dr. Lüttmann lässt sodann über den Beschlussvorschlag und auf Antrag von Frau Floyd-Wenke über den Punkt 7 des Beschlussvorschlages getrennt abstimmen:

### **Beschluss:**

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ergebnisse der Etatberatungen in den Fachausschüssen gemäß den Anlagen 1 und 2 der Vorlage zur Kenntnis und stimmt unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Buchstabe B, Ziffer 1 enthaltenen Erläuterungen den vorgeschlagenen Budgetveränderungen zu.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den unter Buchstabe B, Ziffer 2 – Sonstige Änderungen in den Fach- und Sonderbereichsbudgets – aufgeführten Veränderungen zu.  
Dies gilt für die Maßnahme „Erweiterung Bodelschwingschule: 2 zusätzliche Klassenräume“ (Produktgruppe 23 = -10.000 €, Produktgruppe 52 = -100.000 €) vorbehaltlich der Zustimmung in der gemeinsamen Sitzung des Sport-, Schul- und Bauausschusses am 18. Januar 2017.
3. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Erhöhung des Gesamtbetrages der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, in der Haushaltssatzung 2017 um 1.756.441 € zur Umsetzung des Förderprogramms „Gute Schule 2020“ zu.
4. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den unter Buchstabe B, Ziffer 4 – Änderungen bei den Verpflichtungsermächtigungen – aufgeführten Veränderungen zu.
5. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Fortschreibung des Sonderbereichs 9 – Zentrale Finanzleistungen – gemäß den Anlagen 3 und 4 der Vorlage unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Buchstabe B, Ziffer 5 enthaltenen Erläuterungen zu.
6. Der Haupt- und Finanzausschuss kommt nach Prüfung der Einwendungen nach § 80 Abs. 3 Gemeindeordnung NW unter Berücksichtigung der unter Buchstabe B, Ziffer 6 gemachten Erläuterungen zu dem Ergebnis, dass eine weitergehende detaillierte Prüfung bzw. Bearbeitung der Einwendungen nicht



## **11. Einwohnerfragestunde**

### **11.1. Sparziel**

0:47:25

Herr Wisselmann von der unabhängigen Wählergruppe für Rheine merkt an, dass das Sparziel von 1 Mio. Euro in 2015 nicht erreicht worden sei und fragt an, ob das Sparziel, das der Rat und die Verwaltung sich in 2014 auferlegt haben, in 2016 erreicht worden sei.

Herr Dr. Lüttmann entgegnet, dass das Sparziel 2016 erreicht worden sei.

Herr Wisselmann fragt an, ob dafür Dinge aus dem Sparplan umgesetzt worden seien.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass es Einnahmeverbesserungen und auch Einsparungen gab.

## **12. Anfragen und Anregungen**

### **12.1. Wochenmarkt, Anfrage von Herrn Ortel**

0:49:59

Herr Ortel bezieht sich auf den Bericht aus der Münsterländischen Volkszeitung zu den Schwierigkeiten des Wochenmarktes am Marktplatz. In der Vergangenheit gab es unter den Marktbesckern immer wieder Diskussionen zum richtigen Standort des Marktes.

Herr Ortel erinnert an einen Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses aus dem Jahr 2013, der festgelegt habe, wo der Markt stattfinden solle.

Herr Ortel fragt an, ob sich die Politik darauf verlassen könne, dass es zu dem Thema keine Verwaltungsentscheidung gebe, die dem Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses widerspreche.

Herr Dr. Lüttmann bejaht dieses.

### **12.2. Einrichtung einer Hundewiese, Anfrage von Herrn Reiske**

0:51:50

Herr Reiske bezieht sich auf einen Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Hundewiese und fragt an, wie der Sachstand dazu sei.

Frau Karrasch teilt mit, dass es vor einiger Zeit eine Antwort aus dem Fachbereich 3 dazu gegeben habe.

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, die Antwort dem Protokoll beizufügen (Anlage 1 der Niederschrift)

Herr Roscher informiert, dass sich die Anfrage darauf bezog, ob es ein städtisches Grundstück gebe, wo ein zu gründender Verein eine solche Wiese betreiben könne. Das Prüfungsergebnis sei gewesen, dass es kein solches Grundstück gebe.

### **12.3. Bauvorhaben an der Neuenkirchener Straße, Anfrage von Herrn Cosse**

0:52:55

Herr Cosse bezieht sich auf einen Bericht in der Ausgabe der Münsterländischen Volkszeitung vom 11. Januar 2017. In dem Bericht wird unter der Überschrift „Meilenstein der Wohnbauförderung“ über das Bauvorhaben der Wohnungsbaugesellschaft Rheine an der Neuenkirchener Straße berichtet. Für rund 9 Mio. Euro sollen hier 55 Wohnungen entstehen, die vom Land mit 5,5 Mio. Euro bezuschusst werden. Ein Baustein sei das Energiekonzept mit einem Blockheizkraftwerk sowie einer Photovoltaikanlage mit Batteriespeicher.

Herr Cosse berichtet, dass die SPD-Fraktion vor wenigen Wochen für die Sekundarschule im Schotthock eine solche Anlage ebenfalls mit Speichermöglichkeiten beantragt habe. In den Beratungen der verschiedenen Ausschüsse wurde von den Gutachtern und von den Fachleuten in der Verwaltung ein Batteriespeicher abgelehnt, weil dieser zu teuer und noch nicht ausgereift sei.

Herr Cosse fragt an, ob es nach wenigen Wochen inzwischen neue Erkenntnisse zu Speichermöglichkeiten von Strom gebe und ob die Anlagen inzwischen so preiswert geworden seien, dass sie jetzt doch sinnvoll seien oder ob unterschiedliche Gutachter am Werk gewesen seien, die unterschiedliche Auffassungen bei dieser Technik haben. Herr Cosse bittet um eine Überprüfung.

Herr Dr. Lüttmann sichert zu, dass die Angelegenheit überprüft werde. Er teilt mit, dass die Photovoltaikanlage mit Energiespeicher aufgrund der Fördermodalitäten unter dem Namen „experimenteller Wohnungsbau“ ins Gesamtpaket aufgenommen worden sei.

### **12.4. Umbau Busbahnhof, Anfrage von Herrn Cosse**

0:55:15

Herr Cosse teilt mit, dass der Zebrastreifen vor der Mall im Zuge des Umbaus des Busbahnhofs zunächst durch einen provisorischen Übergang ersetzt und dann ganz aufgehoben worden sei. Die Baustelle ruhe seit Mitte Dezember und werde wegen der kalten Wintertage wohl noch längere Zeit ruhen. Durch den Wegfall des Übergangs seien die Geschäfte im Rathauszentrum abgeschnitten. Wenn Passanten vom provisorischen Bussteig diese Geschäfte besuchen wollen, müssen sie einen weiteren Umweg bis zur Poststraße machen. Das führte, nachdem die Firma Mensing in die Emsgalerie umgezogen war, zu einem weiteren Rückgang der Besucherfrequenz.

Herr Cosse fragt an, ob die Aufhebung so geplant gewesen sei und ob man in Kauf genommen habe, dass es zu einem erheblichen Umsatzverlust in den betroffenen Geschäften kommen würde oder ob man schlicht vergessen habe, einen provisorischen Übergang wieder herzurichten, obwohl absehbar gewesen sei, dass in den Wintermonaten die Baustelle stillliegen werde.

Herr Cosse fragt an, wann damit zu rechnen sei, dass es wieder eine direkte Verbindung vom provisorischen Busbahnhof zur Mall geben werde.

Herr Dr. Lüttmann informiert, dass er persönlich mit den Geschäftsinhabern gesprochen habe und ihm die Problematik bekannt sei. Man habe sich zum Ziel gesetzt, die Querung, so schnell es geht, wieder zu errichten. Man habe auch schon Gespräche mit der bauausführenden Firma geführt.

Frau Karasch teilt mit, dass es in der Tat nicht möglich sei, dass Baufeld in zwei Abschnitte zu teilen. Das impliziere, dass dort nicht durchgelaufen werden könne und außen herum gelaufen werden müsse.

Frau Karasch teilt mit, dass sie den Termin, wann der Zustand beendet sei, nachliefern werde.

### **12.5. Abfahrtsorte und -zeiten der Busse im Bereich des provisorischen Busbahnhofes, Anfrage von Herrn Cosse**

0:58:11

Herr Cosse weist darauf hin, dass es keinerlei Hinweise auf Abfahrtsorte oder Abfahrtszeiten der Busse im Bereich des provisorischen Busbahnhofes gebe. In anderen Städten gebe es bei Ausweichbusanlagen große Schilder mit Beschreibungen wann und wo die Busse fahren.

Herr Cosse fragt an, ob solche Schilder vergessen worden seien oder ob die Aufstellung zu teuer sei.

Herr Dr. Lüttmann sichert zu, die Anfrage an die Verkehrsbetriebe weiterzuleiten.

### **12.6. Sachstand zum Antrag "Mehr Verkehrssicherheit an Kindergärten und Grundschulen der Stadt Rheine", Anfrage von Herrn Doerenkamp**

0:59:06

Herr Doerenkamp erinnert, dass die CDU-Fraktion und die Fraktion B90/DIE GRÜNEN am 25. August 2015 den Antrag „Mehr Verkehrssicherheit an Kindergärten und Grundschulen der Stadt Rheine“ eingereicht haben.

Herr Doerenkamp fragt an, wie weit der Bearbeitungsstand dazu sei. Inzwischen habe sich die Gesetzeslage dazu auch etwas geändert. An Grundschulen und Kindergärten könne deutlich leichter eine Tempo-30-Zone eingerichtet werden.

Herr Gausmann informiert, dass es geplant gewesen sei, während der Sommerferien durch eine Praktikantin eine Bedarfserhebung zu erstellen. Aufgrund von Personalressourcen konnte die Erhebung nicht durchgeführt werden. Die geänderte Gesetzeslage werde jetzt aber genutzt, um eine umfassende Analyse für alle Bereiche zu erstellen, um eine zielgerichtete Beschlussvorlage zur Verfügung stellen zu können.

Herr Doerenkamp fragt, ob es dazu eine Zeitvorstellung gebe.

Herr Gausmann teilt mit, dass die Bedarfsanalyse zügig durchgeführt werde. Ein Datum könne man jetzt noch nicht nennen.

**Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:00 Uhr**

---

Dr. Peter Lüttmann  
Bürgermeister

---

Julia Seebeck  
Schriftführerin